

BESCHLUSS

des 75. Ord. Bundesparteitages der FDP, Berlin, 28. April 2024

Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft stärken – Entlastungen umsetzen

Die Landwirtschaft ist in weiten Teilen Deutschlands der Motor des ländlichen Raums. Sie sorgt für einen erheblichen Anteil an der Wertschöpfung in ländlichen und mitunter strukturschwachen Regionen und bietet Menschen auf dem Lande berufliche wie auch soziale Perspektiven. Sie erzeugt qualitativ hochwertigste Lebensmittel zu Standards, die bei Ackerbau und Tierhaltung weit über international gültige Vorgaben hinausgehen. Biodiversität und Tierwohl durch die hohen in Deutschland geltenden Anforderungen werden in nur wenigen anderen Ländern auch nur annähernd erreicht.

Gleichzeitig sind landwirtschaftliche Betriebe in den allermeisten Fällen ortsansässige, mittelständische und familiengeführte Unternehmen, die sich politischen Vorgaben und Auflagen nicht durch die Verlegung ihres Betriebs ins Ausland entziehen können. Innerhalb des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes klaffen bei gesetzlichen Standards und Auflagen, die für Betriebe in Deutschland gelten und den Vorgaben für ihre Berufskollegen mit Betrieben im europäischen wie im überseeischen Ausland allerdings erhebliche Unterschiede.

Die allermeisten in Deutschland ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe treten als Wettbewerber auf internationalen Märkten auf. In diesem Wettbewerb können die heimischen Betriebe nur bestehen, wenn die Wettbewerbsbedingungen fair sind. Allerdings herrschen selbst innerhalb des EU-Binnenmarkts keine einheitlichen Produktionsbedingungen. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurde die Wettbewerbsposition deutscher Landwirte zu oft dadurch geschwächt, dass Betriebe in Deutschland von der Politik einseitig belastet wurden, beispielsweise durch die Übererfüllung von EU-Vorgaben. Seit vielen Jahren hat Politik außerdem unreflektiert von Umwelt-NGOs formulierte Forderungen übernommen und so die Produktion von Lebensmitteln in Deutschland verteuert. Seit vielen Jahren können so die tatsächlichen Kosten für in Deutschland erzeugte Lebensmittel nicht durch die Verbraucherpreise gedeckt werden. Und seit vielen Jahren wird seitens der Politik versucht, diese Differenz durch Umverteilung zu kompensieren. Landwirtschaft ist so seit vielen Jahren immer abhängiger geworden von dem Wohlwollen von Politik.

Landwirte sind aber vor allem Unternehmer. Sie benötigen auskömmliche Preise, die ihre Kosten decken statt Abhängigkeit von finanziellen staatlichen Zuwendungen. Sie benötigen verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Investitionen statt fachfremder und häufig kurzfristiger politischer Reflexe. Sie benötigen vergleichbare Produktionsstandards innerhalb des europäischen Binnenmarktes, damit ein fairer Wettbewerb ermöglicht wird und nicht Lebensmittel auf dem Teller von Verbrauchern landen, die zu Standards erzeugt wurden, die man einem in Deutschland ansässigen Landwirt nie zugestehen würde.

Damit sich Landwirtschaft wettbewerbsfähig und nachhaltig aufstellen kann, fordert sie weder Subventionen noch staatliche Alimentierung. Sie braucht stattdessen weniger Bürokratie und mehr Praxis; weniger Staat und mehr Freiheit; weniger Umverteilung und mehr Eigenverantwortung.

Der Bundesparteitag fordert daher die Bundestagsfraktion auf -

- die Anpassung der grünen Branche an Klimaveränderungen zu erleichtern. Notwendig dafür ist Hilfe zur Selbsthilfe. Die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus müssen mit einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage in guten Jahren besser für Trockenheit und andere Folgen des Klimawandels vorsorgen können. Auf diese Weise werden sie unabhängig von staatlichen Notprogrammen. Erste Möglichkeiten, im Rahmen der Steuergesetzgebung für Entlastungen zu sorgen, wurden im Zuge der Bauernproteste angekündigt und müssen nun rasch umgesetzt werden.
- Rückführung aller nicht unbedingt notwendigen bürokratischen Erfordernisse verbunden mit einer höchstmöglichen Umsetzung der Digitalisierung in allen behördlichen Vorgängen und die Einführung eines konsequenten Monitorings bzw. die Evaluierung bürokratischer Erfordernisse auf nationaler und europäischer Ebene. Am Beispiel der Regelungen im Düngerecht gibt es aktuell keinen Grund mehr für die völlig überzogenen, aufwändigen Erhebungs- und Nachweispflichten und die dazugehörigen Melde- und Kontrollstrukturen. Wir fordern daher, die Bürokratie zu stoppen und damit einhergehende Wettbewerbshindernisse zu beseitigen.
- Es ist jetzt an der Zeit, den Ankündigungen, die im Lichte der Bauernproteste gemacht wurden, Taten folgen zu lassen. Insbesondere fordern wir:
 - realistische Ausnahmemöglichkeiten von den Vorsorgeanforderungen der TA Luft zu ermöglichen, damit der Bestandsschutz für bestehende Ställe gewahrt wird und der Um- und Neubau von modernen Außenklimaställen weiterhin möglich ist.
 - im Interesse einer problemorientierten Binnendifferenzierung der Nährstoffversorgung von Früchten, das Messstellennetz schneller auszubauen, anstatt mit "roten Gebieten" auch diejenigen Betriebe dauerhaft zu belasten, die jederzeit sämtliche Gesetze und Auflagen erfüllt haben. Neben der Landwirtschaft muss dringend die Rolle anderer potenzieller Verursacher erhöhter Nitratwerte im Grundwasser und in Oberflächengewässern wie marode Abwassersysteme und die Einleitung ungeklärter Abwässer in Flüsse genauer untersucht werden, um die Nitratquellen verursachergerecht ermitteln und bewerten zu können.
 - die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ausschließlich auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen zu lassen. Der wissenschaftlich unbedenkliche Einsatz von Glyphosat muss ohne zusätzliche Auflagen, Bürokratie oder Erschwernisse auch nach Auslaufen der gegenwärtig gültigen Eilverordnung ab dem 01.07.2024 möglich sein. Die nach Stand der Wissenschaft unbegründeten Verbote der Anwendung von Glyphosat in Heilquellen- und Wasserschutzgebieten sollen aufgehoben werden.
- Landwirten verlässliche Rahmenbedingungen zu geben.

- damit Landwirte Investitionsentscheidungen planen können, müssen sie sich auf bestehende Regelungen verlassen können, die sich nicht bereits nach einer Legislaturperiode wieder ändern. Insbesondere sind es immer mehr und neue Vorschriften, die einen nach aktuellen Standards gebauten Stall schon veraltet erscheinen lassen, bevor er überhaupt abgeschlossen oder abbezahlt ist. Es ist nicht hinnehmbar, dass Ställe, die nach aktuellen Standards gebaut und sogar staatlich gefördert werden, noch während der Abschreibung ihre Betriebserlaubnis entzogen bekommen.
- für Landwirtschaft ein Level-Playing-Field bei Gesetzen und Verordnungen im gemeinsamen EU-Binnenmarkt herzustellen. Politik hat in den vergangenen Legislaturperioden gesetzliche Auflagen für landwirtschaftliche Produktion in Deutschland sukzessive erhöht und ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich damit laufend verschlechtert. Aktuelle Beispiele sind die europäische Entwaldungs-Verordnung (EU Deforestation Regulation – EUDR – EU VO 2023/1115) und die jährlich wiederkehrende Diskussion über die Aussetzung der Stilllegungsverpflichtung von 4 Prozent der Ackerfläche. Wer einen fairen Wettbewerb innerhalb des gemeinsamen Binnenmarkts herstellen will, muss Produktionsbedingungen harmonisieren, anstatt sie immer neuerlich weiter auseinander klaffen zu lassen.
- die Steuerbefreiung für in der Landwirtschaft eingesetzte nicht-fossile Biokraftstoffe. Eine klimaschonende Alternative zum fossilen Diesel bieten Biokraftstoffe. Je nach Herstellerfreigabe kann reines Rapsöl, verestertes Rapsöl (= Biodiesel [B100]) oder mit Wasserstoff paraffiniertes Pflanzenöl (HVO100) eingesetzt werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern, die Grundversorgung mit Lebensmitteln im eigenen Land zu sichern und gleichzeitig den Umstieg auf nicht-fossile Biokraftstoffe zu forcieren, fordern wir Freie Demokraten, den Einsatz von Biokraftstoffen in der Landwirtschaft durch eine Steuerbefreiung bei der Energiesteuer zu stärken.
- die Potentiale im Bereich der Biomasse stärker zu nutzen und Beschränkungen abzubauen. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) schätzt, dass in Deutschland bis zum Jahr 2030 pro Jahr etwa 100 Terawattstunden (TWh) Biomethan erzeugt und ins Gasnetz eingespeist werden könnten. Aktuell werden erst etwa 10 TWh Biomethan erzeugt. Um die Chancen dieser grundlastfähigen Energie zu nutzen, fordern wir schnellere und vereinfachte Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Bestandsanlagen, eine leichtere Einspeisung von Biomethan ins Gasnetz, eine Vereinfachung der Nachweisführung für die Nachhaltigkeit und THG-Minderung und bessere Bedingungen für Biomethan im Rahmen der KWK-Förderung und kommunalen Wärmeplanung. Den Vorschlag des BMWKs, das Gasnetz zurückzubauen, lehnen wir daher ab. Auch bei der Nutzung von Agri-PV wollen wir Rahmenbedingungen erleichtern und Nutzungskonflikte (Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte versus Energiezeugung) abmildern. Beim Ausbau der Freiflächen-PV müssen zunächst bereits versiegelte Flächen genutzt werden, bevor weitere Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden.
- Verbraucher beim Kauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Verantwortung zu nehmen. Damit Haltungsbedingungen klar erkennbar sind, hat die Ampelkoalition eine Tierhaltungskennzeichnung für den Bereich Schwein eingeführt, die auf weitere Tierarten und Konsumbereiche ausgeweitet werden soll. Tierwohl endet allerdings nicht an den deutschen Grenzen. Für mehr Transparenz brauchen wir ein Tierwohl- und Herkunftskennzeichen in der gesamten Europäischen Union.

- Das europäische Gentechnikrecht muss vollständig neu geregelt werden, um die Bewertung der inzwischen klassischen grünen Gentechnik an den heutigen Wissensstand anzupassen. Darüber hinaus wollen wir neue Züchtungsmethoden wie CRISPR/Cas9 transparent, rechtlich klar und fortschrittsorientiert so regeln, dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Neue Züchtungstechniken ergänzen das Portfolio der biotechnologischen Methoden. Sie erlauben präzise, zeit- und kostensparende Änderungen im Erbgut einer Nutzpflanze, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Daher sollte für diese neuen Züchtungsmethoden grundsätzlich das Sortenschutzrecht und nicht das Patentrecht angewandt werden.
- den Menschen die Verantwortung für ihre Ernährung zu überlassen. Jeder hat in Deutschland die Möglichkeit, aus Millionen von hochwertigsten Lebensmitteln auszuwählen, über deren Inhaltsstoffe sehr hohe Transparenz besteht. Eine gesunde Ernährung ist eine abwechslungsreiche Ernährung. Letztlich muss die Kalorienaufnahme zu den persönlichen Lebensumständen, etwa sportlichen Aktivitäten, passen. Nicht zuletzt spielt beim Essen neben der bloßen Sättigung auch der Genuss eine entscheidende Rolle.
- Wir fordern, Naturschutzkooperationen stärker in den Blick zu nehmen. Durch Kooperationen von Naturschutz und Landwirtschaft werden Biodiversitätsziele einfacher, effektiver und effizienter erreicht und Konflikte vermieden. Die Bundesregierung muss diesen Ansatz dem Ordnungsrecht vorziehen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, den Ausbau der Erneuerbaren Energien möglichst flächenschonend zu gestalten. Kompensationspflichten sind auf das Mindestmaß zu beschränken und möglichst auf den bereits in Anspruch genommenen Parzellen oder im Zuge von produktionsintegrierten Maßnahmen (PIK) zu realisieren. Biogasanlagen sind grundlastfähig und somit ein wichtiger und unverzichtbarer Teil einer sicheren und unabhängigen Energieversorgung in Deutschland. Um eine technologieoffene, grundlastfähige und nachhaltige Energieversorgung in Deutschland zu gewährleisten, müssen auch Biogasanlagen weiterhin eine Zukunft haben. Funktionierende Anlagen dürfen nicht einfach vom Netz gehen, das wäre nicht im Sinne der Nachhaltigkeit. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert, mit Blick auf steigende Kosten und Verdrängungseffekte geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit funktionierende Anlagen auch weiterhin zur Energieversorgung beitragen können.
- Die von der Europäischen Kommission für dieses Jahr ermöglichte und von der Bundesregierung umgesetzte Aussetzung der 4-Prozent-Regelung zur Stilllegung von Agrarflächen (GLÖZ 8) ist richtig und ein wichtiges Signal für mehr Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft. Diese Regelung muss für die gesamte Förderperiode angewendet werden. Der Einsatz von Pflanzenschutz beim Anbau von Leguminosen soll ermöglicht werden. Angesichts des Drucks auf die Agrarmärkte, Ernteengpässen und der notwendigen Aufrechterhaltung der globalen Ernährungssicherheit im Zuge des Ukrainekrieges plädieren wir für eine dauerhafte Aussetzung der Pflicht zur Stilllegung. In Zeiten von höheren klimabedingten Ausfallrisiken muss die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern Instrumente schaffen, die Ertragssicherheit und den Fortbestand der Landwirtschaft in Deutschland sichern. Hierbei könnten beispielsweise im Rahmen der Agrarstrukturförderung (GAK) Anreize zur Implementierung von Mehrgefahrenversicherungen in der Landwirtschaft geschaffen werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Instrumente zu prüfen und schnellstmöglich zu implementieren.

- Wir fordern die Bundesregierung auf, die GAP schnellstmöglich zu vereinfachen, zu verschlanken und zu entbürokratisieren. Bei der anstehenden Debatte um die Zukunft der GAP müssen Faktoren priorisiert werden, wie beispielsweise Produktivität, die Bedeutung der Ernährungssouveränität und die Herausforderungen angesichts internationaler Preisbildung an den Weltmärkten. Innerhalb Europas gibt es unterschiedliche Geschwindigkeiten bei der Umsetzung von Natur- und Umweltschutz, die zu starken finanziellen und psychischen Belastungen bei unserer Landwirtschaft führen. Die Verteilungskämpfe um die Agrargelder nehmen aufgrund neuer EU- Beitrittskandidaten und neuen europäischen Schwerpunkten wie bei der Sicherheitspolitik zu. Die Einkommenswirkung der Agrargelder wurde im Rahmen der letzten GAP-Reform sehr stark reduziert, die Zahlungen wurden durch die Eco-Schemes an die Erbringung von Umweltleistungen geknüpft. Die Nationalstaaten haben die Umsetzung der EU-Vorgaben sehr unterschiedlich vollzogen. In Deutschland wurde die Umsetzung sehr bürokratisch vollzogen bis auf Betriebsebene, andere Nationalstaaten haben hier deutlich größere Umsetzungsspielräume genutzt. Das führt zu einer starken Reduktion der Einkommenswirkung der Agrargelder. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass in der Vergangenheit über die Hälfte der Einkommen direkt aus den EU- Agrargeldern generiert wurden. Landwirtschaftliche Betriebe sind Stabilitätsanker für die Produktion und das soziale Umfeld im ländlichen Raum, die politische Stabilität verdienen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass im Rahmen der Neuausgestaltung der GAP die Betriebe Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen erhalten.
- Der Weinbau leidet unter massiven Absatzschwierigkeiten aufgrund inflationsbedingter Konsumveränderungen und dem Auftreten neuer Krankheiten infolge der klimatischen Veränderungen. Sonderkulturen sind besonders, deshalb haben wir die individuellen Bedürfnisse der Winzerinnen und Winzer im Blick. Denn Sonderkulturbetriebe sind wirtschaftlich, kulturell und touristisch bedeutend für unser Land.
- Wir Freie Demokraten setzen uns nachhaltig für die Förderung beim Absatz und für die Züchtung neuer Rebsorten ein. Dabei erwarten wir die Unterstützung der Bundesregierung. Wir fordern die Bundesregierung auf, Steuererleichterungen für alternative und synthetische Kraftstoffe beispielsweise über das System der Agrardieselmrückvergütung auf den Weg zu bringen. Wir fordern die Bundesregierung auf, schnellstens bürokratische Hindernisse abzubauen und sich für einen effizienten Bürokratieabbau auf europäischer Ebene einzuführen.